

Joachim Bruhn / Jan Gerber

### **Vom Protest zum Pogrom**

*Vorwort zu: Joachim Bruhn / Jan Gerber (Hrsg.): Rote Armee Fiktion, Freiburg 2007.*

Historische Jubiläen erinnern an die großen amerikanischen Gerichtsfilme der siebziger Jahre. Anklage und Verteidigung treffen dramatisch aufeinander, legen mit großem Gestus die Beweise vor, versuchen die Geschworenen durch mitreißende Plädoyers auf ihre Seite zu ziehen. Am Ende urteilt das Gericht zwar so, wie die herrschende Meinung es goutiert, aber bis dahin wurde das Publikum unter Umständen gut unterhalten, im besten Fall sogar mit neuen Erkenntnissen beliefert.

Wenn jedoch über die Rote Armee Fraktion und den bewaffneten Kampf verhandelt wird, kommt alles ganz anders. Die Jubiläen des Deutschen Herbstes erinnern nicht an die Verhandlung vor einem Supreme Court, sondern an eine Mischung aus Standgericht, ZDF-History und Gerichtsshow auf RTL-2: Die abgedroschensten Gerüchte und Geschichten werden als schlagender Beweis und taufrische Einsicht ausgegeben. Statt ausgefeilter Plädoyers bekommt das Publikum das Gestammel minderbegabter Laiendarsteller geboten, die Zeuge, Ankläger und Richter in einem sind. Die Gewaltenteilung ist aufgehoben, es herrscht die unumschränkte Diktatur des sog. gesunden Menschverstandes, der die Krankheit selbst ist, d.h. bössartig wie kaum eine Ideologie. Auf eine Verteidigung wird dementsprechend verzichtet. Denn die Zeiten, in der es einen Anwalt für diese Aufgabe gegeben hätte, in der Tausende zum Vietnam-Kongreß nach Berlin strömten, weil sie es für die Pflicht des Revolutionärs hielten, »die Revolution zu machen«, und glaubten, daß der Linken, wie es im Aufruf hieß, »nicht so sehr die Waffe der Kritik als die bewaffnete Kritik« offen stünde, sind lange abgelaufen. Die alten SDSler, die arrivierten Haschrebellen, Freudomarxisten und Ehrenproletarier wollen jetzt schon immer alles besser gewußt haben. Das Dumme dabei ist: Sie haben nicht einmal ganz Unrecht damit. Denn kaum hatte die RAF begonnen, die Forderungen, die Dutschke, Enzensberger, Horlemann und Co. 1968 als »anonymes Autorenkollektiv« in Konkret erhoben hatten, in die Tat umzusetzen, und die »Gewalt in den Metropolen« zu entfachen [1], wollte man es plötzlich nicht mehr so gemeint haben. Die Freunde des bewaffneten Kampfes verschwanden in ihrer übergroßen Mehrheit schon an seinem Beginn. Zunächst hielten sie die Zeit für noch nicht reif, dann wollten sie auf die Erhebung des Proletariats warten, später entdeckten sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Als Rudi Dutschke im November 1974 am Grab von Holger Meins die Faust erhob und sein berühmtes »Holger, der Kampf geht weiter!« in die Kameras schmetterte, rief er damit ex cathedra zur Gründung der grünen Partei auf. Das Erbe von '68 sollte fortgeführt werden, nur eben »ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei«, vor allem aber im Bundestag. [2] Aus Anlaß des Deutschen Herbstes erklärte Dutschke schon, daß er die »Vertreter der herrschenden Klasse« den »parlamentarischen Möglichkeiten gemäß« bekämpfen wolle. [3] Das Sozialistische Büro, dem er kurz zuvor beitrug und das ab 1979 ebenfalls in die Grüne Partei versickerte, wies die RAF zur gleichen Zeit – und nur kurz

nachdem es selbst einen großen Antirepressionskongreß (Stichwort: Berufsverbote!) organisiert hatte – darauf hin, daß die »Bewegungsfreiheit sozialistischer Tätigkeit [...] sehr wohl vom Grundgesetz gedeckt« sei. [4]

Mit dieser Art von Einspruch hatte die RAF schon in ihrer ersten – und besten – Erklärung abgerechnet. Die Mehrheit der Linken, so war im »Konzept Stadtguerilla« zu lesen, fürchte »sich vor dem Vorwurf der revolutionären Ungeduld mehr als vor ihrer Korrumpierung in bürgerlichen Berufen«, ihr sei es wichtiger, »mit Lukács langfristig zu promovieren« als »sich von Blanqui kurzfristig agitieren zu lassen«. [5] Hinter dieser Agitation gegen die Verwandlung des Marxismus in eine akademische Disziplin verbarg sich das Wissen, daß der Marxismus keine Wissenschaft, keine »Position« und kein »Ansatz« zur Bereicherung des universitären Pluralismus, sondern Kritik ist, die auf die Abschaffung ihres Gegenstandes zielt. Wenn die RAF auch sonst nichts begriffen hatte, wußte sie im Unterschied zu den Marxologen, die seinerzeit massenhaft in den Mittelbau strömten, doch, daß es weder historische Gesetzmäßigkeiten noch notwendige Wartezeiten für die befreite Gesellschaft gibt. Seit das Kapitalverhältnis in der Welt ist, ist es reif zur Abschaffung. Im Gegensatz zur DKP, den ML-Gruppen und den frühen Spontis, die etwa zur selben Zeit, als Ulrike Meinhof ihre Schreibmaschine gegen eine Pistole austauschte, zukunftsfröh vor die Fabrikturen zogen, um gemeinsam mit den Proleten die Bosse zu vertreiben, war die frühe RAF trotzdem nicht sonderlich optimistisch: »Wir bezweifeln, ob es unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Bundesrepublik und Westberlin überhaupt schon möglich ist, eine die Arbeiterklasse vereinigende Strategie zu entwickeln, eine Organisation zu schaffen, die gleichzeitig Ausdruck und Initiator des notwendigen Vereinheitlichungsprozesses sein kann.« [6]

Diese berechtigten Zweifel hinderten die RAF jedoch nicht daran, im April 1972 ihre dritte programmatische Erklärung mit der Mao-Parole »Dem Volk dienen« zu überschreiben. Denn anders als von der DKP und den K-Gruppen immer wieder behauptet, hatte die RAF alles andere als »Verachtung für die Volksmassen« [7] übrig. Auch wenn sie im »Konzept Stadtguerilla« einige Zweifel am revolutionären Willen der Arbeiterklasse anmeldete, galten ihr Proletariat und Volk immer als Sympathieträger und »an sich« revolutionäre, nur durch die Springerpresse manipulierte Kraft.

Das ist der Hintergrund, vor dem die RAF in Anlehnung an die Wortführer der Protestbewegung davon sprach, den Faschismus aus den Institutionen herauslocken zu wollen. »Erst wenn die manipulative Gewalt der Herrschenden sich in die offene Gewalt zurückverwandelt hat«, so hatten Dutschke et al. schon 1968 erklärt, »kann die verinnerlichte Gewalt der Lohnabhängigen sich zur proletarischen Gewalt befreien.« [8] Hinter dieser Strategie stand im besten Fall ein interessiertes Mißverständnis über das Land, in dem die Rote Armee aus ihrer bewaffneten Fiktion entstehen sollte. Denn der Faschismus in Deutschland war keineswegs der »Faschismus«, sondern Nationalsozialismus. Und das Proletariat wurde keinesfalls von der Bourgeoisie unterdrückt; die Deutschen ließen Auschwitz nicht, wie die RAF im April 1972 behauptete, »widerstandslos über sich ergehen«. [9] Vielmehr verschmolzen in Deutschland Mob und Elite zum klassenübergreifenden, d.h.: die Klassen in sich aufhebenden Mordkollektiv. Während des Deutschen Herbstes, als der

Ausnahmezustand, den die RAF herbeibomben wollte, tatsächlich eintrat, erinnerten dann auch weniger die Vorschläge Alfred Dreggers, Kurt Rebmanns und Franz Josef Strauß' oder die damals verabschiedeten Sondergesetze an das Dritte Reich. Auch wenn die schnell gebildete Allparteienregierung immer wieder selbst den Nationalsozialismus beschwor und Egon Bahr stolz verkündete, daß die Mitglieder des Krisenstabes ihr Handwerk bei der Wehrmacht gelernt hatten – es sei ihnen hier beigebracht worden, »existentielle Entscheidungen« mit »kühlem Kopf« zu treffen [10] –, gehören der temporäre Ausnahmezustand und die kurzzeitige Aussetzung von Grundrechten zur Demokratie wie der Blitz zum Gewitter. [11] Weitaus tiefere Erkenntnisse über das Fortleben des Nationalsozialismus als die Protokolle des Krisenstabes vermittelten die Szenen, die in den Tagen des Deutschen Herbstes vor dem Stammheimer Gefängnis sich zutrugen. Während Strauß und Rebmann ihre Forderungen nach Internierungslagern, Todesstrafe und Gegengeiselnahme im kleinen Kreis erhoben (und später für die Geheimhaltung der Protokolle sich aussprachen), erklärten die ganz normalen Deutschen, die sich dort versammelt hatten, ganz ungeniert in die Kameras, was in ihnen dachte; einige boten der Bundesregierung ihre Dienste in Sachen »Genickschuß«, »Erschlagen« oder »Aufknüpfen« via Tagesschau an, andere verlangten Konzentrationslager, die Herausgabe der Stammheimer Häftlinge oder deren »Erschießung auf der Flucht«.

Je deutlicher die RAF die Distanz zwischen sich und den von ihr vergeblich Umworbenen zu spüren schien, um so stärker glich sie sich ihnen an. Im »Konzept Stadtguerilla« hatte Ulrike Meinhof noch erklärt, daß diejenigen, die glaubten, der bewaffnete Kampf wäre nach dem Muster von Freikorps und Feme organisiert – in Konkret war kurz zuvor behauptet worden, daß es bei der RAF Soldaten und Offiziere, auch Liquidierungen gebe –, selbst schon das Pogrom wollten. [12] Nicht einmal zwei Jahre später, die Führungsriege der RAF war inzwischen unter parteiübergreifendem Beifall verhaftet worden, konnte sie sich die Revolution selbst nur noch als Pogrom vorstellen. Als palästinensische Antisemiten bei den Olympischen Spielen 1972 in München Mitglieder der israelischen Olympiamannschaft ermordeten, feierte Meinhof diese Aktion nicht nur als »antiimperialistisch, internationalistisch und antifaschistisch« [13], sie erklärte der deutschen Linken zugleich, daß sie darin ihre politische Identität wiederfinden könne.

Angesichts solcher Aussagen, die von Anfang an im linksdeutschen Konzept Stadtguerilla angelegt sind, ist es nicht möglich, RAF und Co. gegen die Kritik derjenigen in Schutz zu nehmen, die ihren Marsch durch die Institutionen inzwischen durch Emeritierung, Pensionierung oder Entbindung vom ministeriellen Treueeid beendet haben. Gegen die falsche Kritik kann in diesem Fall nicht ihr Gegenstand verteidigt werden; es gilt vielmehr, die richtige Kritik zu formulieren. Ebenso wie von Seiten der arrivierten Genossen von einst ist allerdings auch hier schon alles gesagt worden. Dieser Band soll dazu beitragen, daß es nicht vergessen wird.

## **Anmerkungen**

- [1] Anonymes Autorenkollektiv, Gewalt in den Metropolen, in: Konkret Nr. 6 (1968), S. 25-28. Laut Gerd Koenen (Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977, S. 362) gehörten zu diesem Autorenkollektiv u.a. Rudi Dutschke, Hans-Magnus Enzensberger, Jürgen Horlemann, Bahman Nirumand, Peter Schneider und Gaston Salvatore.
- [2] Vgl. Initiative Sozialistisches Forum, Das Erbe von '68, in: Dies., Das Ende des Sozialismus, die Zukunft der Revolution. Analysen und Polemiken, Freiburg 1990, S. 279 ff.
- [3] Rudi Dutschke, Kritik an Terror muß klarer werden [1977], in: Linke Liste Universität Frankfurt (Hg.), Die Mythen knacken. Materialien wider ein Tabu. Neue Linke, RAF, Deutscher Herbst, Amnestie, Wiesbaden 1987, S. 216.
- [4] Sozialistisches Büro, Sozialismus und Terrorismus [1977], in: Ebd., S. 215.
- [5] RAF, Das Konzept Stadtguerilla (April 1971), in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 38. – Vgl. dazu auch: Joachim Bruhn, Der Untergang der Roten Armee Fraktion. Eine Erinnerung für die Revolution, Vorwort zu: Emile Marensin, Stadtguerilla und soziale Revolution, Freiburg: 2007, S. 7-30
- [6] Ebd., S. 37.
- [7] Herbert Lederer, Kommunisten und individueller Terror – alte Wahrheiten zur aktuellen Lage, in: Marxistische Blätter Nr. 4 (1972), S. 77.
- [8] Anonymes Autorenkollektiv, Gewalt in den Metropolen, in: Konkret Nr. 6 (1968), S. 25.
- [9] RAF, Dem Volk dienen, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion, S. 128.
- [10] Zit. nach Christoph Amend, Kalte Kriege, kühler Kopf, in: Der Tagesspiegel vom 1. März 2003, S. 3.
- [11] Vgl. Johannes Agnoli, 1968 und die Folgen, Freiburg 1998, sowie Ders., Der Rechtsstaat. Spätkapitalismus und deutsche Erfahrung, in: Ders., Der Staat des Kapitals, Freiburg 1995.
- [12] RAF, Das Konzept Stadtguerilla, S. 28.
- [13] RAF, Die Aktion des »Schwarzen September« in München. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes (November 1972), in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion, S. 152 f.

